

Sandra Weiss

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in San Salvador

vom 02. April bis 02 Mai 1999

Leben auf dem Vulkan –Sieben Jahre Frieden in El Salvador

Von Sandra Weiss

San Salvador, vom 01.08. – 02.11.1999,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

*Viven en las sombras, pero con democracia política y con mercado libre.
(Sie leben im Dunkeln, aber sie haben Demokratie und Marktwirtschaft.)*

Edelberto Torres-Rivas

Mein Dank gilt den Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung in San Salvador: Thomas Hamer, dessen langjährige Erfahrung in der Region von unschätzbarem Wert für mich war, Maria Dolores Rosa für ihre Ein- und Ausblicke, Inés, der „guten Seele“ der Stiftung, sowie dem Team der Zeitschrift Tendencias, allen voran Roberto Turcios, der stets um mein Wohlergehen und das Vorankommen meiner Recherche besorgt war. Und natürlich Frau Op de Hipt, die von Düsseldorf aus mit einem (technisch nicht immer perfekten Cyber-) Auge auf mein Wohlergehen achtete. Und ganz besonders Victor, ohne den dieses Projekt nie zustande gekommen wäre.

Inhalt

Zur Person

Prolog aus der „hintersten Ecke der Welt“

„Die Demokratie reißt keinen vom Hocker“

- *Von Marx zum Mittelklassewagen*
 - *Demokratisch auf die Straße pinkeln*
- 573

Die Vergessenen des Bürgerkrieges

- *„Manchmal finde ich es zum Lachen und manchmal zum Weinen“*
- *Das Paradies liegt in den USA*

Leben auf dem Vulkan

- *Vom „Tal der Hängematten“ und dem „Hügel der Festungen“*
- *Jedem Bürger seine Kalaschnikow*

Der Parteivorstand hat immer Recht

- *Revolte im „Grab der Roten“*
- *Richtungskampf bei den Söhnen „Che“ Guevaras*

Militärs in der Identitätskrise

- *„Ein Soldat wird zum Töten ausgebildet“*
- *Plädoyer für eine autoritäre Demokratie*

Die nackte Justiz

- *Zwischen Freikauf und Parteienproporz*
- *Der dornige Weg zum Rechtsstaat*

Ein Gewehr für die Rektorin

- *Oase in Kleinvietnam*
- *„Wenn ich mir das anschaue bekomme ich eine Gänsehaut“*

Zur Person

Sandra Weiss, geboren am 25.11.1967 in Esslingen. Nach dem Abitur vom Neckar an den Rhein umgesiedelt, zur Ausbildung an der Diplomatenschule des Auswärtigen Amtes in Bonn. Ein Jahr am Generalkonsulat in Sevilla/Spanien verbracht und täglich den Guadalquivir gekreuzt. Danach an die Seine gewechselt und am „Institut d'Etudes Politiques“ in Paris Politik studiert. Zwischendurch Praktikum bei UNESCO, Le Monde und ein sechsmonatiger Ausflug an den Mapocho und die Journalistenschule der „Universidad Católica“ in Santiago de Chile. Nach dem Studium Rückkehr an den Rhein, freie Mitarbeit und Praktika, unter anderem bei den „Dernières Nouvelles d'Alsace“ in Strasbourg und den „Badischen Neuesten Nachrichten“ in Karlsruhe. Volontariat bei „Agence France Presse“ in Bonn mit Stationen in den Korrespondentenbüros in Berlin und Brüssel, beim „Deutschlandfunk“ in Köln und der „Süddeutschen Zeitung“ in München. Von 1996 bis 1999 Redakteurin und CvD in der Auslandsredaktion von AFP. Seit November 1999 freiberuflich tätig in Mexiko. Verantwortliche Redakteurin des Magazins „Kuba verstehen“.

Prolog aus der „hintersten Ecke der Welt“

„Von heute an liegt El Salvador in der hintersten Ecke der Welt“. Worte eines US-Korrespondenten am 16. Januar 1992, dem Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen der Guerilla und der salvadorianischen Regierung. Es sollte allerdings noch ein Weilchen dauern, bis das Interesse der Welt an El Salvador schwand. Die Veröffentlichung des Berichtes der Wahrheitskommission, die schwierige erste Phase des Friedensprozesses mit zahlreichen politischen Morden, und die ersten Wahlen nach dem Ende des zwölfjährigen Bürgerkrieges waren noch journalistische Attraktionen. Danach fand der „Däumling Mittelamerikas“, der mehr als ein Jahrzehnt lang ein Schlachtfeld zwischen Kommunismus und Kapitalismus war, in der Weltpresse nur noch selten Erwähnung. Der kalte Krieg war vorbei und der mühsame Versöhnungs- und Wiederaufbauprozess nicht so spektakulär wie die Massaker und die 75.000 Toten des Bürgerkriegs. Für El Salvador interessierten sich nach Kriegsende mehr die Wirtschaftsjournalisten, nachdem die Herren vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank dort ein vermeintliches neues „Musterland“ und einen „zentralamerikanischen Tiger“ ausgemacht hatten. Auf den ersten Blick sehen die Ergebnisse des vom IWF verschriebenen Strukturanpassungsprogramms in der Tat beeindruckend aus: Ein durchschnittliches Wachstum von fünf Prozent im vergangenen Jahrzehnt, eine für die Region geringe Verschuldung von 3,7 Milliarden US-Dollar (etwa ein Drittel des BIP), eine Inflation von einem Prozent,

eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und ein seit Jahren stabiler Wechselkurs zum Dollar. Dabei verfügt El Salvador weder über nennenswerte Bodenschätze noch über schöne Strände, besuchenswerte Ruinen oder tropische Wälder (von denen nur noch zwei Prozent übrig sind), nicht einmal über genügend Ackerboden für die knapp sechs Millionen Einwohner, die sich auf einem Staatsgebiet von der Größe Hessens drängen.

Ein Blick in die Sozialstatistiken der Weltbank und der UNO zeigt die Kehrseite der Medaille: Die Hälfte der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat keine feste Anstellung, dreieinhalb Millionen Salvadorianer leben von einem Dollar täglich, 38 Prozent haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 40 Prozent keinen Anschluss an ein Klärsystem. Die 300 reichsten Familien kontrollieren hingegen die größten Banken, die Fluglinie, die Medien, die Supermärkte und knapp 40 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes. Mit 139 Morden pro 100.000 Einwohnern (der Durchschnitt in Lateinamerika liegt bei 30 pro 100.000) gehört El Salvador zu den gewalttätigsten Ländern der Erde – dicht gefolgt von Kolumbien. Die fünf Vulkane des Landes, die das Staatswappen schmücken, haben Skeptiker daher umgetauft in: Armut, Gewalt, Korruption, Umweltzerstörung und „Valeverguismo“ – einer Gemüthaltung, die mit „ist mir doch egal“ übersetzt werden könnte.

„Die Demokratie reißt keinen vom Hocker“

„Nicht einmal zwölf Jahre Bürgerkrieg haben etwas geändert. Zwölf Jahre Mord und Totschlag und wir haben die gleichen Reichen, die gleichen Politiker, das gleiche, leidende Volk und den gleichen, allgegenwärtigen Stumpfsinn. Man muss schon verrückt sein, so wie du, Moya, um zu glauben, dass man in diesem Land etwas ändern könnte“. Diese bittere Bilanz lässt der linksgerichtete, salvadorianische Schriftsteller Horacio Castellanos seinen Romanhelden Vega ziehen, der nach 18 Jahren im Exil in Kanada zur Beerdigung seiner Mutter nach El Salvador zurückkehrt. „Das ist nicht wahr, dem Land geht es eindeutig besser als früher“, hält Facundo Guardado entgegen, Ex-„Comandante“ der Guerillaorganisation „Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional“ (FMLN). Heute werde keiner mehr seiner politischen Meinung wegen umgebracht, es herrsche Pressefreiheit und die FMLN könne als zweitstärkste Partei im Parlament durchaus etwas bewegen. „Ja, Meinungsfreiheit gibt es, aber nur solange die Pressezaren das erlauben. Und mir wäre es lieber, die Bevölkerung könnte sich anständige Kleidung und Nahrungsmittel kaufen“, sagt Maria-Dolores Rosa, FMLN-Sympathisantin und Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in San Salvador.

Von Marx zum Mittelklassewagen

Eine Mischung aus Nostalgie, Ernüchterung und Enttäuschung klingt in den Kommentaren der ehemaligen Guerilleros und ihrer Sympathisanten an, wenn sie heute in ihrer Stammkneipe „La Ventana“ (Das Fenster) das Glas erheben. Das Restaurant gehört dem Deutschen Richard Arnd Luers. Unter seinem Kampfnamen „Paolo“ mischte er in den 80er Jahren kräftig mit, im Befreiungskampf der „Frente“. Zunächst sammelte er Spenden der deutschen Solidaritätsgruppen; als ihm das zu langweilig wurde, ging er in die Berge des Departamento Morazán und betreute dort einen der Rebellensender. „Millionen flossen damals aus dem Ausland in die Kassen der Frente“, erinnert sich „Paolo“ und nippt versonnen am importierten Warsteiner. Nach dem Krieg versuchte er zusammen mit einigen linksgerichteten Journalisten und der Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung eine unabhängige Tageszeitung zu etablieren – ein Experiment, das mangels Anzeigenkunden und wegen Querelen mit den Geldgebern nach wenigen Monaten scheiterte. Heute ist der Mittfünfziger Unternehmer. Seine deutsch-salvadorianische Kneipe hat sich zur Attraktion für Rucksacktouristen, Alt-68ern, Politikern, Journalisten und salvadorianische Yuppies entwickelt. Bei „Paolo“ und seiner salvadorianischen Frau Daniela gibt es das beste Bier in der Stadt, internationale Zeitschriften und wechselnde Ausstellungen einheimischer Künstler. Das Essen ist relativ günstig, das Ambiente deutsch-gemütlich: Holztische, eine lange, hölzerne Theke mit Barhockern, eine von Pflanzen überwucherte Veranda. Damit sticht „La Ventana“ angenehm hervor aus einem Meer von Schnellrestaurants mit unterkühltem Plastik-Neon-Charme. Und im Gegensatz zu anderen Kneipen, in denen hauptsächlich über Geschäfte geredet wird, steht in „La Ventana“ die Politik hoch im Kurs. Die meisten Ex-Guerilleros sind allerdings nur noch „Hobbypolitiker“ und verdienen sich ihre Brötchen mittlerweile als Journalisten, Schriftsteller, Kulturschaffende, Unternehmer, Berater der rechten Regierung oder in einer der zahlreichen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), die nach dem Friedensschluss wie Pilze aus dem Boden schossen. Das derzeit am heißesten diskutierte Thema in „La Ventana“ ist, ob die FMLN nach dem Vorbild Tony Blairs und Gerhard Schröders die „neue Mitte“ suchen, oder sich weiterhin zu ihren revolutionär-kommunistischen Wurzeln bekennen soll. Es diskutieren dieselben, die einst Marx und Ho-Tschi-Minh lasen und den Sozialismus predigten, und heute in Einfamilienhäuschen leben und Mittelklassewagen fahren. Sie sind zurückgekehrt zu ihren bürgerlichen Wurzeln – und haben einen Haufen zerschlagener Träume und enttäuschter Hoffnungen hinterlassen. Der Graben zwischen Arm und Reich hat sich seit Ende des Bürgerkrieges vertieft; die Landwirtschaft ist an der Konkurrenz der billigen Importe zugrunde gegangen und bietet den Kleinbauern, denen nach dem Friedensvertrag Land zuge-

teilt wurde, kaum noch ein Auskommen. Aus den Universitäten, an denen sich die „Comandantes“ damals kennenlernten und ihre revolutionären Programme ausheckten, sind inzwischen Kaderschmieden der Konzerne geworden. Heute studiert kaum noch ein Jugendlicher in El Salvador Geschichte, Soziologie, oder Philosophie. Die prestigeträchtige Jesuitenuniversität UCA musste mangels Nachfrage vor einigen Jahren ihre Fakultäten für Literatur und Geschichte schließen. Jura, Management und Informatik stehen heute hoch im Kurs des akademischen Nachwuchses, der von Politik nichts mehr wissen will. „Die Demokratie reißt eben keinen vom Hocker“, konstatiert der Schriftsteller und einstige Unterhändler der Regierung bei den Friedensverhandlungen, David Escobar Galindo. Der revolutionäre Impetus der 60er und 70er Jahre im Zeichen von „Che“ Guevara, Fidel Castro und der sozialistischen Revolution ist verblasst. Aber auch das autoritäre Projekt der Militärs und der Agraroligarchie ist gescheitert. Heute müssen die ehemaligen Kriegsgegner mit einem System zurechtkommen, das es bisher nicht gab in El Salvador, das keiner von beiden gewollt hat und das jeder versucht, zu seinen Gunsten zurechtzubiegen: Der Demokratie.

Demokratisch auf die Straße pinkeln

Was Demokratie ist, weiß Carlos Hernández ganz genau: Das er weiterhin ungestraft in der Öffentlichkeit auf die Straße pinkeln kann. Es gehe ja wohl nicht an, schimpft er einem Radioreporter ins Mikrofon, dass er dafür künftig ein Bußgeld an die Stadtverwaltung zahlen solle. Wenn der Bürgermeister von San Salvador das Pinkeln auf der Straße verbiete, solle er erst mal genügend öffentliche Pissoirs bauen. In El Salvador prallt die westliche Modernität auf fest verwurzelte Gebräuche aus dem vorigen Jahrhundert, so wie einst die spanischen Eroberer brutal in die Welt der Maya, Inka und Azteken einfielen. Die Geschichte macht in dieser Region Sprünge und Spiralen. Innerhalb von wenigen Jahren wurde El Salvador vom reaktionärsten Autoritarismus hineinkatapultiert in Demokratie und Marktwirtschaft. Statt Kirche, Großgrundbesitzer und Militär haben heute Unternehmer, Bankiers und Politiker das Sagen. Manchmal aber werden sie von der Geschichte eingeholt. Auch Präsident Francisco Flores bekam die Macht der Tradition zu spüren, als er voller Elan und neuer Ideen im Juni sein Amt antrat. Der 40jährige Philosoph, der in Indien und den USA studiert hatte, wollte eine moderne Kommunikation nach US-Vorbild einführen, ernannte einen persönlichen Pressesprecher und gab den Ministern freie Hand im Umgang mit den Medien. Das ehrgeizige Projekt scheiterte schon nach wenigen Wochen. Das Volk wollte den Präsidenten höchstpersönlich sehen und hören. Nach hundert Tagen im Amt wurde der Pressesprecher gefeuert und eine wöchentliche Fernseh- und Radiosendung mit dem Präsidenten ins Leben gerufen. „Wir ähneln zwar

Europa, haben auf dem Weg zur Modernität aber einige Etappen ausgelassen“, sagt der Soziologe Guido Béjar. „Bei uns gibt es Protestantismus ohne Reformation, Demokratie ohne Französische Revolution und Neoliberalismus ohne industrielle Revolution“. Castellanos lässt seinen Romanhelden Vega hinzufügen: „Unsere Kultur ist vom brutalsten Analphabetismus direkt ins Zeitalter der Massenverdummung durch das Fernsehen gesprungen“.

Auf den Straßen der Hauptstadt zeigt sich das Antlitz der Modernität El Salvadors: Zwanzigjährige Mädchen aus gutem Hause, die im neuen Chanelkostüm mit dem Geländewagen zu ihren Vorlesungen an der Uni fahren, per Handy telefonieren und keinen Blick für den zehnjährigen, barfüßigen Jungen im abgerissenen T-Shirt haben, der an der Ampel Blumen verkauft, statt zur Schule zu gehen. Die neoliberalen Wirtschaftsreformen der vergangenen zehn Jahre haben die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht. Während lukrative Staatsbetriebe an diejenigen verkauft wurden, die das dafür nötige Kleingeld aufbrachten oder mittels der ebenfalls privatisierten Banken leihen konnten, wurden die Staatsausgaben für Erziehung und Gesundheit drastisch gekürzt. In den fünf Jahren seiner Amtszeit als Präsident stieg Alfredo Cristiani von der rechten Republikanisch-Nationalistischen Allianz (Arena) zu einem der reichsten Männer des Landes auf: Ihm gehören Kaffeeplantagen, Drogerien, Importfirmen, Versicherungen, Pharmazieunternehmen, eine Spedition, sowie Anteile an der privatisierten Telekom und an einer privatisierten Bank. „Hier gibt es zwei Pole, um die sich alles dreht: Arm und Reich, Besitz und Nichtbesitz“, sagt Thomas Michel von der GTZ. Damit meint er nicht, dass es keine Mittelschicht gäbe – die hat im Zuge des Wirtschaftswachstums stetig zugenommen – sondern dass sich diese Mittelschicht ausschließlich mit den Reichen identifiziert und dabei jegliches soziales Denken vermissen lässt. „Früher konnte man eine Hausangestellte noch bei der Sozialversicherung anmelden, das ist nun nicht mehr möglich“, sagt Michel. „Entweder du bist Herr oder du bist Diener. Das ist unsere Gesellschaftsstruktur seit der Zeit der spanischen Eroberer“, fügt Carlos Ramos von der Sozialwissenschaftlichen Lateinamerikanischen Fakultät Flacso hinzu. Viel hat auch der Bürgerkrieg daran nicht geändert. Diejenigen, die sich damals zu Fürsprechern der Armen und Rechtlosen machten, und die größtenteils der gebildeten Mittelschicht entstammen, sind heute Unternehmer, Politiker oder Staatsangestellte und wurden damit in die Klasse derjenigen kooptiert, die etwas zu verlieren haben.

Die Vergessenen des Bürgerkriegs

Tino Gutiérrez gehört zu denen, die nichts zu verlieren haben. Während des Krieges waren Menschen wie er für die Regierung „Helden des Vaterlandes“ und „Stützen der Demokratie“. Für die Guerilla war der gedrungene Mann mit dem dunklen Teint und dem vernarbten Gesicht ein „Mörder und Handlager der Militärdiktatur“. Heute ist er für die Regierung ein „Störenfried“ und „eine Gefahr für die Demokratie“. Tino Gutiérrez gehörte zu den privaten Bürgerwehren, die das Militär während des Krieges in den ländlichen Gemeinden schuf. Ihre Aufgabe war die „Abwehr der roten Gefahr“, sie waren Spitzel und mussten oft die Drecksarbeit für die Offiziere machen – foltern und morden. Die meisten dieser Paramilitärs waren Bauern und Landarbeiter, nach ihrer Meinung wurden sie damals nicht groß gefragt. „Mein Vater, mein Bruder, meine Onkel und ich wurden von den Soldaten festgenommen. Sie haben uns in die Kaserne gebracht, gefesselt, geschlagen, eingesperrt und drei Tage lang hungern lassen, bis wir uns in die Listen eintrugen. Wer sich weigerte, galt als Guerillero und wurde umgebracht“, erinnert sich Tino Gutiérrez. Er ist heute einer der Anführer der Bewegung der Ex-Paramilitärs (Aproas). Seit fünf Jahren demonstrieren die Angehörigen der Organisation regelmäßig, blockieren Straßen und Rathäuser. Sie fordern Entschädigungen, Land, Wohnungen, medizinische Versorgung und Pensionszahlungen von der Regierung. Bei den Friedensverhandlungen wurden sie schlicht „vergessen“, wie der damalige Präsident Cristiani heute einräumt. Für die Offiziere und Guerilleros hingegen, deren Demobilisierung im Friedensvertrag von 1992 festgeschrieben wurde, gab es lukrative Abfindungen. „Die Bürgerwehren waren einfach zu viele“, räumt ein ranghoher Offizier ein, „es war nicht genug Geld für alle da“. Nach Angaben des Militärs betrug die Zahl der Paramilitärs 151.000, Aproas behauptet, Witwen und Waisen eingeschlossen müssten 379.000 Menschen entschädigt werden.

Für die Regierung ist dies entschieden zu kostspielig. Weil die Proteste aber zugleich lästig sind, da sie die dunkle Vergangenheit in Erinnerung rufen und soziale Unruhe schüren, wurden während des Präsidentschaftswahlkampfes im Frühjahr 1999 umgerechnet zwei Millionen Mark locker gemacht und an die Anführer der Störenfriede gezahlt – im Tausch für Ruhe und Stimmen für Arena. Das behauptet jedenfalls Aproas. Die Regierung, die das Geld als „Hilfe für Geschädigte des Hurrikans Mitch“ verbuchte, sagt, sie sei Opfer eines Betrugs geworden, da sich die Aproas-Mitglieder als Mitch-Opfer ausgegeben hätten. Die Regierung hatte versprochen, sich nach den Wahlen um die Paramilitärs zu kümmern, doch die Verhandlungen blieben ergebnislos. Die Proteste nahmen daraufhin an Härte und Brutalität zu. Im August 1999 starben bei der gewaltsamen Auflösung eines Marsches durch die Polizei zwei

Demonstranten. Concepción Gómez marschiert trotzdem weiter. „Ich habe keine Angst“, sagt der 69jährige kämpferisch. „Die Not“ treibt ihn auf die Straße, wie sie ihn damals zur Bürgerwehr trieb. „Ich musste wegen des Krieges aus meinem Dorf fliehen. Da blieben nicht mehr viele Möglichkeiten übrig: Das Militär oder die Guerilla“. Gómez entschied sich für das Militär, verbindet mit den Offizieren aber keine guten Erinnerungen: „Banditen waren das. Sie haben viele Leute nur umgebracht, um sich zu bereichern“.

Dass auch sie in Morde und Folter von Zivilisten verwickelt waren, bestreiten die Ex-Paramilitärs nicht. „Das war alles von den Offizieren angeordnet. Wir waren für die doch nur Handlanger und Kanonenfutter“, rechtfertigt sich Gutiérrez. „Bei Offensiven mussten wir immer das Terrain erkunden und waren die ersten, die durch Hinterhalte oder Minen der Guerilla ums Leben kamen“. Verbittert stellt er fest, dass er jahrelang für Interessen kämpfte, „die nicht die meinen waren“. Jetzt will er endlich die seinen durchsetzen. Friedlich. „Aber wenn uns die Polizei angreift, wissen wir uns zu wehren. Schließlich waren wir im Krieg“, warnt er.

„Manchmal finde ich es zum Weinen und manchmal zum Lachen“

Nicht nur die ehemaligen Paramilitärs zählen zu den Verlierern des Bürgerkriegs, auch bei den Rebellen wurde die Friedensdividende ungleich verteilt. „Ich habe bis heute keinen Pfennig gesehen, und das versprochene Land habe ich auch nicht bekommen“, sagt Osmín aus der einstigen Rebellenhochburg Perquín verbittert. Als der Krieg zu Ende ging war er gerade 16 Jahre alt und hatte drei Jahre auf der Seite der Aufständischen gekämpft. „Sie sagten mir, ich sei minderjährig und hätte daher kein Anrecht auf Entschädigung“, erzählt der schüchterne junge Mann mit den dicken Brillengläsern. „Manchmal finde ich es zum Weinen und manchmal zum Lachen“. Heute verdient er sein Geld als Touristenführer und Laufbursche im einzigen Hotel von Perquín, das einer ehemaligen „Comandante“ des FMLN gehört. Von Demonstrationen verspricht sich Osmín ebensowenig wie von seinen ehemaligen Kampfgefährten, die heute große Reden im Parlament von San Salvador schwingen. Nach Perquín kommen sie allenfalls in Begleitung ausländischer Besucher, die die ehemaligen Kampfgebiete und die Wiederaufbauprojekte dort besuchen wollen.

Heute regiert in der ehemaligen Rebellenhochburg ein rechter Bürgermeister. Er hat mit ausländischen Geldern die zerstörten Häuser wieder aufbauen lassen und ist nun dabei, den Platz vor dem Rathaus verschönern zu lassen. Um die Mittagszeit ist dort jedoch kaum ein Mensch unterwegs, die Bauarbeiter machen Siesta im Schatten. Das von malerischen Wäldern umgebene Bergdorf wirkt friedlich und verschlafen. „Der Schein trügt“, sagt Bürgermeister Aristide Sorta, der während des Krieges ins benachbarte Hondu-

ras flüchtete. „Die Lage hier ist sehr gespannt und polarisiert. Wir versuchen, auch die ehemalige Guerilla in unsere Projekte einzubinden, aber das ist schwer“.

Ja, reden könne man schon mit dem Bürgermeister, räumt Mario ein. Aber Taten folgten dem nicht. Mario gehört zu einer Gruppe von Ex-Rebellen, die die größte Touristenattraktion vor Ort aufgebaut haben: Das Revolutionsmuseum, das einst den Radiosender der Aufständischen beherbergte. Heute sind dort Zeitungsausschnitte, Fotos, Funkgeräte, Rucksäcke, Waffen und sonstige Dinge versammelt, die zum Alltag eines Guerillero gehörten. Schmuckstück ist das Wrack des sabotierten Hubschraubers, in dem im Oktober 1989 Oberst Domingo Monterrosa starb, der den Rebellen bis dahin arg zugesetzt hatte. Viel Geld habe ihm ein Besucher für das Wrack geboten, erzählt Mario. Aber da sei nichts zu machen. Außer dem Museum erinnert noch ein Mahnmal im nahegelegenen El Mozote an die blutige Vergangenheit. Dort massakrierte ein Elitebataillon der Streitkräfte im Dezember 1981 ein ganzes Dorf, rund 700 Menschen starben, 80 Prozent davon Frauen, Kinder und Alte. Im Rest des Landes sind die Spuren des Bürgerkrieges wie ausgelöscht. Was mit den Tausenden von Verschwundenen geschah, ist bis heute unbekannt, außer einer Handvoll Hinterbliebener fragt keiner danach. „Posttraumatischen Stress“, nennt der Psychiater Reginaldo Hernández dies. „Die Menschen leugnen die Vergangenheit, sie wollen nicht darüber reden, fühlen sich schuldig und trösten sich mit Drogen oder Alkohol“. Zudem habe der Krieg die Gewalt zur Gewohnheit gemacht. „Alles wurde gewaltsam gelöst, das Leben war nicht viel wert, und diese Einstellung dauert an“, stellt Hernández fest.

Das Paradies liegt in den USA

Daysi heißt nicht so, aber ihren richtigen Namen behält sie lieber für sich. Sie ist 30 Jahre alt und verkauft ihren Körper, um ihre drei Kinder durchzufüttern. „Daysi“ stammt aus einer bäuerlichen Familie und wurde in der Provinz San Vicente geboren. Mit 13 Jahren war ihre Jugend zu Ende. „Eines nachts kamen Guerilleros in unser Dorf und verschleppten eine Menge Jugendliche, auch meinen Bruder und mich. Mein Bruder wurde in eine Uniform gesteckt und in den Kampf geschickt. Vier Monate später starb er im Gefecht und wurde in einem Massengrab mit anderen Rebellen verscharrt. Ich wurde mehrmals vergewaltigt und musste für die Rebellen kochen“. Monate später gelang „Daysi“ in einem unbemerkten Augenblick die Flucht aus dem Rebellencamp. Sie suchte ihre Eltern auf, um ihnen vom Tod des Bruders zu berichten und sich zu verabschieden. Dann ging sie in die Hauptstadt, lernte einen Mann kennen und wurde schwanger. Insgesamt drei Kinder gebar sie von verschiedenen Männern, die sie alle verließen. Die junge Frau wusste sich nicht anders zu helfen und wurde Prostituierte. „Ich fühle mich schlecht, aber

es ist immer noch besser als stehlen“, sagt sie. „Der Krieg hat mir meine Jugend geraubt. Vergewaltigung, Prostitution und der Tod meines Bruders, das hat mir dieser Krieg gebracht, der niemals aufhören wird. Statt Guerilleros machen nun Räuberbanden das Land unsicher. Und die ehemaligen Rebellen sind heute Polizisten. Sie machen mir Angst. Ich will weit weg, wo mich niemand kennt, am besten in die USA“, sagt Daysi.

Wie Daysi denken 35 Prozent der Salvadorianer, wie eine Umfrage der Zeitung „Prensa Gráfica“ enthüllte. Jeden Tag im Morgengrauen versammelt sich vor der US-Botschaft, am exklusiven Boulevard Santa Elena, ein buntes Völkchen aus Bauern, Hausfrauen, Studenten, Angestellten, Straßenhändlern und Handwerkern. Für sie liegt hinter den meterhohen, mit Stacheldraht geschützten Mauern das Paradies. Um in den Besitz eines heißbegehrten US-Visums zu kommen, haben sie oft monatelang gespart, denn alleine der Antrag kostet 50 US-Dollar. Nur ein Bruchteil der Anträge wird positiv beschieden. 2000 Menschen warten im Schnitt jede Woche vor den Toren der US-Botschaft, das macht 100.000 Dollar Einnahmen pro Woche, auch wenn letztlich nur 100 von ihnen ein Visum bekommen, hat der Herausgeber des Pressedienstes Infornet, Mauricio Santamaría, ausgerechnet. Viele Salvadorianer ersparen sich den Weg zur Botschaft und versuchen es gleich über die grüne Grenze. El Salvador „exportiert“ schon seit Jahrzehnten seine Bevölkerung, was immer wieder zu Konflikten mit den Nachbarländern geführt hat. Der Vorstoß salvadorianischer Siedler in das weitgehend menschenleere Grenzgebiet zu Honduras war Hauptursache für den sogenannten Fußballkrieg beider Länder im Jahr 1969. Der „Däumling Mittelamerikas“ bietet einfach nicht genug Ressourcen für eine Bevölkerung, die jährlich um 2% wächst. Heute leben rund eineinhalb Millionen Salvadorianer in den USA. Sie überweisen jährlich 1,4 Milliarden Dollar an ihre daheimgebliebenen Familienangehörigen, und gleichen damit nicht nur die traditionell defizitäre Handelsbilanz aus, sondern retten ihre Angehörigen oft vor dem Absturz in die Armut. „Die „Remesas“ haben 1,2 Millionen Salvadorianer vor der Armut gerettet; ohne sie wäre die soziale Bombe hier schon längst explodiert“, sagt der Soziologe Guido Béjar.

Leben auf dem Vulkan

Auch Sebastián Pineda will fort. Am liebsten in die USA, notfalls auch nach Mexiko. Bis der zweifache Familienvater seinen Plan in die Tat umsetzen kann, arbeitet er als Busfahrer in der Hauptstadt. Fahren hat er von seinem Vater gelernt, den Führerschein kaufte er sich für ein paar Colones Bestechungsgeld bei einem Beamten. Die Plakate, auf denen gemahnt wird, die Ver-

kehrsschilder zu beachten, kann er zwar nicht lesen, aber im Straßenverkehr herrscht ohnehin das Recht des Stärkeren. Das heißt, Vorfahrt haben die Busse, dann die Autos, dann die Mopedfahrer und zuletzt kommen die Fußgänger. Sebastián Pinedas Mercedesbus hat zwar schon 30 Jahre auf dem Buckel, keine Heckscheibe mehr und durchgesessene Sitze, ist aber hübsch bunt bemalt. Dass der stinkende, schwarze Auspuffrauch den Fahrgastraum vernebelt und das Atmen schwer macht, scheint keinen zu stören. Aus dem Kassettenrecorder tönt blecherne Salsamusik, über der Frontscheibe prangt in großen Lettern „Jesus liebt Dich“. Der Spruch und Pinedas Fahrstil lassen den Verdacht aufkommen, dass er seine Kunden möglichst rasch im Jenseits dem Herrn überantworten will. Halsbrecherisch brettert er über den sechsspurigen Boulevard de los Heroes während sein vielleicht 16-jähriger Adjutant sich mit einer Hand an der Haltestange festklammert und mit der anderen bei den neuzugestiegenen Reisenden den Fahrpreis einkassiert. Macht ein Fußgänger Handzeichen, legt Pineda mit quietschenden Reifen eine Vollbremsung hin; langsamere Busse werden mit lautem Hupen überholt, schnellere ausgebremst. „Pelear pasajeros – um Fahrgäste streiten“ heißt dieser, für Mitteleuropäer gewöhnungsbedürftige, Fahrstil. Fahrpläne gibt es in El Salvador nicht, auf den stark frequentierten Strecken streiten sich mehrere Buslinien um die Passagiere. Der Lohn des Fahrers hängt von der Zahl der transportierten Fahrgäste ab.

Dieser Marktmechanismus in Reinform hat recht ungesunde Folgen für die Passagiere. Im September überholte ein Busfahrer während einer „pelea“ mit knapp 100 Stundenkilometern auf einer Landstraße in einer Kurve ein Auto. Dem entgegenkommenden Fahrzeug konnte er nur noch über die zehn Meter tiefe Böschung ausweichen. Dabei starben 40 Menschen, und im Parlament wurde wieder einmal über eine Zwangsversicherung für Busunternehmer diskutiert. Da von besagten Unternehmern aber einige im Parlament sitzen und mit Streik und horrenden Fahrpreiserhöhungen drohten, wurde daraus nichts; schließlich standen in wenigen Monaten Kommunal- und Parlamentswahlen an. Das Thema verschwand nach einer Woche Aufregung von der politischen Tagesordnung und von den Titelseiten; die Angehörigen der Opfer gingen leer aus. Es gebe „verfassungsrechtliche Bedenken“, argumentierte ein Abgeordneter der rechten Arena-Partei.

Vom „Tal der Hängematten“ und dem „Hügel der Festungen“

An Katastrophen sind die Salvadorianer gewöhnt. Das wöchentliche Erdbeben, das der Gegend um San Salvador den Spitznamen „Tal der Hängematten“ eingebracht hat, ist den Medien nur noch in Ausnahmefällen eine Erwähnung wert. Auch der meist wolkenverhangene Vulkan, der bis auf halbe Höhe besiedelt ist und 1917 zuletzt ausbrach, sorgt nicht wirklich für

Beunruhigung. An seinen Hängen wohnen die Reichen, und das einzige Mal, dass sie sich ernsthaft sorgten, war im November 1989. Mitten in der heißen Phase des Bürgerkriegs überraschten die Rebellen der FMLN mit ihrer Offensive auf San Salvador die Hauptstädter und das Militär. Im Morgengrauen klopften sie an die Pforten der Villen der Siedlung Escalón, konfiszierten Autos, schickten die Angestellten nach Hause und zwangen die reichen Damen dazu, den Rebellen ein Mahl zu kochen. Der Spuk dauerte zwar nur ein paar Tage, hat sich aber tief ins Gedächtnis der Oberschicht San Salvadors eingepägt. Heute wirken die Villen wie Festungen, umgeben von hohen Mauern, geschützt mit Stacheldraht und Bewegungsmelder. Interviewpartner dort aufzusuchen, gleicht einer Schnitzeljagd. Manche Häuser haben zwar Nummern, aber niemals stehen Namen an der Tür, nicht einmal Firmen und Anwaltskanzleien sind von außen als solche zu erkennen. Beschreibungen wie „das Haus mit der zerfledderten Palme vor der Tür“ oder „direkt gegenüber der Polizeistation“ sind daher äußerst hilfreich. Heutzutage dienen die Sicherheitsmaßnahmen allerdings nicht mehr der Abwehr von Guerilleros, sondern sollen Kriminelle abschrecken. Ganz Salvador lebt in einer Psychose. „Nicht mehr als drei Schilderungen von Überfällen heute Abend“ ist eine Devise, die auf den Parties der Bessergestellten ausgegeben wird. Der Gastgeber solcher Feste hat in der Regel mindestens einen Leib- und einen Hauswächter. Derzeit gibt es in El Salvador 24.000 private Sicherheitskräfte – mehr Bewaffnete, als die gesamte Armee aufbieten kann. Zur persönlichen Sicherheitsausrüstung der reichen Salvadorianer gehört auch ein – wenn möglich gepanzerter – Wagen mit schwarz getönten Scheiben. Das sollte zwar verboten werden, weil solche Gefährte zunehmend von Drogenbossen und anderen Verbrechern benutzt werden und die Arbeit der Polizei erschweren, ein entsprechender Vorstoß ist aber im Sand verlaufen. Böse Zungen behaupten, dass so mancher einflussreiche Politiker und Geschäftsmann kein großes Interesse habe, in gewissen, kompromittierenden Situationen erkannt zu werden.

Jedem Bürger seine Kalaschnikow

El Salvador ist bis an die Zähne bewaffnet; 300.000 Waffen befinden sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums in den Händen von Privatleuten. Das Geschäft mit den Waffen blüht, seit das Parlament im Mai 1999 ein Gesetz verabschiedete, das Privatleuten ab 18 Jahren erlaubt, Maschinenpistolen und Schnellfeuerwaffen zu besitzen. „Mit denen kann man einen Gegner aus 200 Meter Entfernung erledigen“, sagt Carlos Ramos. Er ist eigentlich Soziologe, wird wegen seines Spezialgebietes aber auch als „violéntólogo“ (Gewaltexperte) bezeichnet. „Die Statistiken zeigen, dass die meisten Überfälle aus wenigen Metern Entfernung mit Revolvern oder Stichwaffen begangen werden“, fügt er hinzu. „Außerdem läuft ein bewaffnetes

Opfer größere Gefahr, bei einem Überfall ums Leben zu kommen“. Doch Statistiken scheinen bei der Diskussion keine große Rolle gespielt zu haben. „Wenn die Gauner Maschinengewehre besitzen, müssen wir dieses Recht auch den Bürgern zugestehen, damit sie sich verteidigen können“, waren sich rechte und linke Politiker ausnahmsweise einig. In einer heftigen Debatte beschlossen sie, im Zeichen der Demokratisierung aber wenigstens das Parlament zur „waffenfreien Zone“ zu erklären. Bis sich alle Abgeordneten daran hielten, dauerte es allerdings einige Wochen. Vier Monate nach der Verabschiedung des Waffengesetzes wurde bereits über Änderungen diskutiert. Die Polizei hatte sich angesichts der zunehmenden Fälle von Selbstjustiz beschwert und höhere Altersgrenzen für den Waffenschein, sowie ein Verbot schwerer Waffen in den Händen von Privatleuten gefordert.

Ganz ohne Waffen jagte die FMLN dem Establishment, acht Jahre nach dem gescheiterten Sturm auf San Salvador, erneut einen heftigen Schrecken ein: 1997 zog mit Héctor Silva erstmals ein linker Bürgermeister ins Rathaus der Hauptstadt ein. San Salvador ist alles andere als ein tropisches Paradies: Ein ausuferndes Wachstum, eine dem Zusammenbruch nahe Kanalisation, Stromausfälle, sowie 1.255 Tonnen Müll, vier Morde und bis zu 7.000 Nanogramm Rußpartikel auf einen Kubikmeter Luft pro Tag machen den Hauptstädtern das Leben zur Qual. Ungeachtet der leeren Kassen und der Fallstricke der rechten Arena-Regierung, machte sich der gelernte Frauenarzt Héctor Silva an die Arbeit. Er holte Politiker der Zentrumsparteien und Vertreter der Zivilgesellschaft in die Stadtregierung, machte die Gemeinderatssitzungen öffentlich, führte Volksbefragungen auf Gemeindeebene ein und verfiel auf originelle Ideen, um das Stadtsäckel zu füllen. Während die Zentralregierung beschloss, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, errichtete Silva Parkuhren im beliebtesten Ausgehviertel oder verlangte Abgaben für die Aufstellung von Leitungspfosten (z.B. von den unlängst privatisierten Strom- und Telefongesellschaften) auf den städtischen Trottoirs. Mit Erfolg: Umfragen bestätigen dem jovialen Barträger, einer der beliebtesten Politiker des Landes zu sein. Das macht der rechten Arena-Partei schwer zu schaffen. Die Rückeroberung der Hauptstadt und der absoluten Mehrheit im Parlament bei den Wahlen im März 2000 stehen daher auf der politischen Agenda der Partei ganz oben.

Der Parteivorstand hat immer Recht

„Wollt ihr, dass Luis Cardenal unser Kandidat für den Bürgermeisterposten von San Salvador wird?“, ruft Arena-Parteichef Alfredo Cristiani hemdsärmelig in die Menge der aufgeputzten Parteianhänger. „Jaaaaa“ schallt es ihm hundertfach entgegen. „Gebt ihr der Parteispitze freie Hand, um Koali-

tionen zu bilden?“ , fährt er fort. „Neeeeiiiiin!“ tönt es aus der Menge. Das bringt den selbstbewussten Ex-Präsidenten für einige Sekunden aus dem Konzept. Dann kommt ihm die zündende Idee. „Lasst uns abstimmen“, schlägt er vor, wischt ein paar Schweißperlen von der Glatze und fügt erläuternd hinzu: „Das heißt nicht, dass wir automatisch eine Koalition bilden werden, wir wollen nur die Möglichkeit für Verhandlungen offenhalten. Also, wer ist dafür?“ Ein paar Dutzend Hände schnellen in die Höhe. „Angenommen mit 51 Prozent“, beschließt Cristiani. Auf ähnliche Weise, nämlich per Akklamation, waren auf dem Parteitag kurz zuvor auch die vom Vorstand „handverlesenen“ Kandidaten für die Bürgermeister- und Abgeordnetenposten „gewählt“ worden. Darunter einige Neffen und Schwager amtierender Parteigrößen. Der Parteitag endet mit der Hymne des gottgleich verehrten Arena-Gründers, Roberto D’Aubuisson: „Cuando en la amada patria, extrañas voces se oyeron los nacionalistas surgieron diciendo así: Patria sí, comunismo no! Libertad se escribe con sangre, trabajo con el sudor. Unamos sudor y sangre, pero primero El Salvador, segundo El Salvador, tercero El Salvador. El Salvador será la tumba donde los rojos terminarán“ (Als im geliebten Vaterland fremde Stimmen zu hören waren, tauchten die Nationalisten auf und riefen: Vaterland ja, Kommunismus nein! Freiheit wird mit Blut geschrieben, Arbeit mit Schweiß. Vereinen wir Schweiß und Blut, aber zuerst kommt El Salvador, als zweites kommt El Salvador und als drittes kommt El Salvador. El Salvador wird das Grab sein, in dem die Roten verrecken). D’Aubuisson war einer der Gründer der berüchtigten Todesschwadronen, die während des Bürgerkrieges Guerilleros und linke Intellektuelle umbrachten. Er war unter anderem für den Mord an Erzbischof Oscar Arnulfo Romero im Jahr 1980 verantwortlich. Wenige Monate nach dem Friedensschluss starb er im US-Exil an Zungenkrebs. Eine überlebensgroße Statue des Arena-Gründers schmückt die Parteizentrale, selten fehlen frische Blumen auf dem Sockel.

Revolte im „Grab der Roten“

Sieben Jahre nach D’Aubuissons Tod gärt es in der Partei. „Von wegen zuerst kommt El Salvador“, ereifert sich der ehemalige Vizeminister, Jorge Carranza, kurz nach dem Parteitag. Vielmehr müsse es heißen: „zuerst kommt das, was dem Parteivorstand passt, zweitens, was dem Parteivorstand passt, und drittens, was dem Parteivorstand passt“. Carranza erklärt seinen Austritt aus Arena, rund drei Dutzend prominente Parteimitglieder folgen ihm. Einige Bürgermeister, die nicht zur Wiederwahl aufgestellt wurden, wechseln kurzerhand zur einstigen Partei der Militärmachthaber, die sich heute Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) nennt, bei jeder Wahl mehr an Rückhalt verliert und die prominenten Neuankömmlinge mit Kusshand aufnimmt. In Soyapango, einem ärmlichen Vorort von San Salvador, kommt es zur offenen Revolte: Mehrere Dutzend frustrierte

Parteigänger stürmen eine Sitzung des örtlichen Arena-Komitees und fordern, dass „ihr“ Kandidat für den Bürgermeisterposten berücksichtigt wird. Die Partei droht mit Ausschluss der Aufmüpfigen. „Für ausufernde Leidenschaften ist in Arena kein Platz“, sagt Fraktionschef Walter Araujo kalt. Wenige Wochen zuvor hatten mehrere rechte Intellektuelle angekündigt, sie wollten bei den nächsten Wahlen als unabhängige Kandidaten ins Rennen gehen, da Arena nicht die Interessen der Bevölkerung repräsentiere. Doch Arena-Chefideologe Oscar Santamaría will von einer Krise nichts wissen. „Das sind vorübergehende Probleme, die eine Folge der Demokratisierung und der Öffnung von Arena sind“, argumentiert er. Alles in allem habe Arena die Übergangsphase aber viel besser überstanden als alle anderen Parteien. Was man unter anderem daran sehe, dass die Partei seit elf Jahren das Land regiere. Das bei den Präsidentschaftswahlen im März 1999 nur knapp 30 Prozent der Salvadorianer überhaupt ihre Stimme abgaben und die Hundert-Tage-Bilanz von Präsident Francisco Flores selbst in den rechten Medien sehr kritisch ausfiel, verschweigt Santamaría.

Richtungskampf bei den Söhnen „Che“ Guevaras

Das FMLN-Fraktionsbüro strahlt den Charme einer DDR-Bahnhofshalle aus. Linoleumboden, grüne, aneinandergeschraubte Plastiksitze, ein „Empfangsherr“ in einem Kasten aus Glas und Holz, ein vorsintflutliches Telefon mit Wählscheibe, ein verblasstes DIN-A-5-Plakat des argentinisch-kubanischen Revolutionshelden Ernesto „Che“ Guevara an der Wand. Der Abgeordnete Shafik Handal, seit Jahrzehnten unumstrittener Chef der Kommunistischen Partei, lässt die Journalistin aus Europa warten. Der Mann mit der Brille, dem stechenden Blick und dem weißen Vollbart mag die Presse nicht, und was er vom Friedensprozess hält, ist schnell gesagt: „Das Einzige, was wir gewonnen haben, ist Meinungsfreiheit, man bringt uns heute nicht mehr um“. Ansonsten findet die salvadorianische Demokratie keine Gnade vor Handals Augen. „Wir machen Gesetze, an die sich Regierung und Justiz nicht halten. So haben wir durchgesetzt, dass den Gemeinden sechs Prozent des Staatshaushaltes zugewiesen werden müssen. Bis heute haben die meisten Gemeinden noch nicht mal das Geld vom Vorjahr erhalten“, wettet er. Im klassischen KP-Jargon verteufelt er die „Diktatur des korrupten Großkapitals“, den „Neoliberalismus“ und spricht von einer „sozialen Mobilisierung gegen dieses ausbeuterische System“, kombiniert mit „Druck von innen“. „Das muss das Ziel unseres Kampfes sein“. Er wird unterbrochen von seiner Sekretärin, die ihm wortlos und ohne anzuklopfen einige Unterlagen zum Unterschreiben auf den schmucklosen Holztisch legt. Handal schreibt und spricht gleichzeitig. Immer mehr Menschen, auch aus der Mittelschicht, hätten genug vom Neoliberalismus à la Arena, und diese Unzufriedenen wolle die FMLN um sich scharen. Das Argument, dass in einer Umfrage der linksge-

richteten Jesuitenuniversität UCA alle Parteien schlecht weggekommen wären, auch die FMLN, lässt er nicht gelten. Die Umfrage sei völlig unzulässig gewesen, und am schlechten Image der Parteien seien die Journalisten schuld, die sich immer nur für Skandale interessierten, entgegnet Handal. Ob die FMLN denn überhaupt in der Lage sei, die Interessen der Enttäuschten zu repräsentieren, wo sie doch nicht einmal die Differenzen im eigenen Lager in den Griff bekomme, insistiere ich. „Das ist doch alles Propaganda der Neoliberalen!“, ruft Handal erbost und fuchtelte erregt in der Luft herum. Neoliberale sind für Handal nicht nur internationale Finanzinstitutionen, Unternehmer und Arena-Politiker, sondern auch die Dissidenten in der eigenen Partei, die sich für eine sozialdemokratische Politik nach dem Vorbild Tony Blairs einsetzen. Denjenigen, die die Partei ins Zentrum zerren wollten, sei es schlecht ergangen, sagt Handal unter Anspielung auf die Präsidentschaftswahlen, bei denen der dem moderaten Flügel entstammende FMLN-Kandidat, Facundo Guardado, eine deutliche Niederlage hatte einstecken müssen. Die sogenannten Reformer seien nun in der Minderheit, fügt Handal nicht ganz ohne Schadenfreude hinzu, und da sie die Partei nicht mehr kontrollierten, wollten sie austreten und die FMLN spalten. Das werde ihnen aber nicht gelingen. Überhaupt sei dies mal wieder ein machiavellischer Plan der rechten Unternehmer, die schon die Zentrumsparterie CDU unter dem ehemaligen Linkspolitiker Rubén Zamora finanziert hätten, um die FMLN zu schwächen. Zamora errang bei den Präsidentschaftswahlen mit 7,4 Prozent einen Achtungserfolg. Am Ende des Interviews besinnt sich Handal offenbar seiner Abgeordnetenfunktion und kramt ein 22 Seiten starkes Dokument aus seiner Schreibtischschublade. Es handelt sich um die „Parlamentsplattform der FMLN 2000-2003“. Man dürfe allerdings nicht dem Glauben verfallen, Politik sei die Kunst des Machbaren, denn in einem zutiefst ungerechten System, sei nur das machbar, was die Mächtigen erlaubten, gibt er mir mit auf den Weg.

Einige Stunden später wirft Guardado einen Blick in das Dokument, in dem unter anderem von einer Stärkung der Justiz, Korruptionsbekämpfung, einem Stopp der Privatisierungen und einer Reform des Parlaments die Rede ist. Im Großen und Ganzen sei er damit einverstanden, aber innerhalb der FMLN sei nicht alles eine Frage politischer oder programmatischer Differenzen, sagt Guardado bedächtig und nippt am Kaffeebecher. Vieles habe mit Strategien und persönlichen Einstellungen zu tun. „Wir sind der Meinung, dass man die Mehrheit suchen muss, um so an die Regierung zu kommen und von dort aus dauerhafte Änderungen zu vollziehen. Die Orthodoxen finden, dass sich das Regieren nicht lohnt, wenn man nichts anderes tun kann, als den Neoliberalismus zu verwalten“. Aber Shafik Handal habe nicht nur deswegen die Reformer blockiert. Eigentlich wollte er selbst gerne Präsident werden, habe aber eingesehen, dass

dies im heutigen, politischen Kontext unmöglich sei. Nun wolle er wenigstens „Königsmacher“ sein, und jeder, der ihm nicht bedingungslos untergeben sei, werde ausgebootet. Die mangelnde Unterstützung durch Handal beim Wahlkampf schmerzt Guardado noch immer. Vielleicht sogar mehr als die Propaganda der Rechten, die weidlich ausgeschlachtet hatten, dass Guardado lediglich die Volksschule besucht und nicht viel mehr als seinen im Nachkriegs-Salvador nicht besonders angesehenen Titel des „Comandante“ vorzuweisen hatte. Guardado spricht von „zwei Familien“, die unter dem Dach der FMLN leben, denen er aber im Grunde seines Herzens keine gemeinsame, politische Zukunft einräumt. „Wenn die FMLN ihren Weg der kontinuierlichen Selbstdemontage fortsetzt, wird sie sich niemals in eine Alternative zu Arena verwandeln“, sagt der Ex-Präsidentschaftskandidat verbittert. Beobachter gehen davon aus, dass Guardado die Partei nach den Kommunal- und Parlamentswahlen im März 2000 verlassen wird. Damit träte er in die Fußstapfen des prominentesten Ex-„Comandante“: Joaquín Villalobos. Er verließ 1995 mit ein paar Mitstreitern die FMLN und gründete eine sozialdemokratische Partei. Nach einer Legislaturperiode war der Traum jedoch vorbei, die Wähler waren nicht damit einverstanden, dass ihr einstiger „Comandante“ sich plötzlich mit den Reichen des Landes auf Partys vergnügte und dass dank seiner Zustimmung Arena die Mehrwertsteuer erhöhen konnte. Villalobos studiert heute in Oxford, hält im Kosovo und in Nordirland Vorträge über den salvadorianischen Friedensprozess und gehört zu den meistgehassten Politikern des Landes.

Militärs in der Identitätskrise

Oberst Francisco González hat ein gewinnendes Lächeln und einen kräftigen Händedruck. Der Offizier mit der imposanten Statur gehört zu den Vorzeigemilitärs der jungen Demokratie. Stolz überreicht der Endvierziger mit den grauen Schläfen und dem eindrucksvollen Schnauzbart der Journalistin aus Deutschland Fotokopien seiner Beiträge über die Rolle der Streitkräfte in einer Demokratie – erstellt im Anschluss an einen Lehrgang in Washington. Es kommt heute nicht mehr allzu häufig vor, dass sich Journalisten für das Militär interessieren. González holzvertäfeltes Büro ist schlicht, dunkel und eng. Es herrscht Kühlschranktemperatur, im Gegensatz zur tropischen Nachmittagsschwüle draußen. An den Wänden prangen reihenweise Urkunden und einige Fotos, auf denen González im gescheckten Kampfanzug ein G-3 in die Kamera hält und einige Kilo weniger auf den Rippen hat als heute. Auf seinem Schreibtisch sind akkurat ein paar Familienfotos, ein Briefbeschwerer und ein Aschenbecher drapiert. Der ganze Stolz des Oberst ist ein PC, auf dem er seine Beiträge verfasst.

„Ein Soldat wird zum Töten ausgebildet“

Vor zehn Jahren gehörte González zur mächtigsten Institution im Lande. Damals zahlte er keine Strafzettel für Falschparken. Wenn überhaupt einmal ein Polizist es wagte, ihn deshalb anzusprechen, musste dieser um seinen Posten fürchten. Heute hat sich die Situation gewandelt: Die Zivilpolizei (PNC), die nach dem Krieg aus dem Boden gestampft wurde, ist größer und besser ausgestattet als das Militär, wird der Kriminalität aber dennoch nicht Herr. „Auch wenn es paradox klingt, während des Bürgerkrieges war Salvador viel ruhiger und sicherer“, betont González, dem unlängst sein Auto gestohlen wurde. Eine Erklärung hat er sofort parat: „Nach dem Frieden musste schnell eine neue Polizei geschaffen werden. Da wurden mal rasch einige Ex-Guerilleros, ein paar demobilisierte Militärs und ein paar Analphabeten auf der Straße eingesammelt und in Fortbildungskurse geschickt“. González ist empört: „Stell dir vor, 500 neue Fahrzeuge haben die 1992 von den Spaniern und den Amis bekommen. Davon funktionieren gerade mal noch drei, alle anderen haben sie zu Schrott gefahren oder verrotten lassen!“

Dem Friedensvertrag zufolge, ist das Militär künftig nur noch für die Landesverteidigung, nicht mehr für die innere Sicherheit zuständig. Darauf hatte die Guerilla bestanden, wegen der Massaker und Morde, die das Militär während des Bürgerkrieges verübte. 85% aller Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit gehen, laut dem Bericht der Wahrheitskommission, auf das Konto der Streitkräfte. Nun kann der Präsident nur noch in Ausnahmefällen anordnen, dass das Militär der PNC zur Hand geht. Seit 1995 herrscht in El Salvador dieser Ausnahmezustand, begründet mit dem Anstieg der Kriminalität. Seit vier Jahren patrouillieren Soldaten und Polizisten gemeinsam in Dörfern und auf Landstraßen. Die Leitung dieser Einsatzgruppen obliegt grundsätzlich einem Polizisten – auch wenn er viel jünger und rangniedriger ist, als die ihn begleitenden Soldaten, die sich daran nur schwer gewöhnen können. González ist strikt gegen die gemischten Patrouillen. Er fürchtet, wie schon während des Bürgerkrieges, die „Drecksarbeit“ für die Politiker machen zu müssen, sprich, soziale Unruhen zu unterdrücken. Offenbar nicht zu Unrecht, denn als sich im August Streiks und Demonstrationen häuften, drohte Verteidigungsminister Juan Martínez damit, Soldaten und Panzer auf die Straße zu schicken. Damit aber wäre die mühsam erarbeitete Imageverbesserung der Armee dahin, die in den vergangenen Jahren vor allem mit Impfkampagnen, Alphabetisierungsprogrammen, Infrastrukturmassnahmen und Baumpflanzaktionen von sich reden machte. „Ein Soldat wird nicht für Verfolgungsaktionen, Demonstrationen und Ermittlungen ausgebildet. Er wird zum Töten ausgebildet und hat daher auf Demonstrationen nichts verloren“, sagt González kategorisch.

Plädoyer für eine „autoritäre Demokratie“

Für Bäumeplanzen und Impfaktionen werde das Militär aber auch nicht ausgebildet, halten einige Intellektuelle dagegen, die eine Abschaffung der Streitkräfte nach dem Vorbild Costa Ricas fordern. Sie stehen allerdings bislang auf verlorenem Posten. In der Bevölkerung wird der Ruf nach dem Einsatz der Streitkräfte bei der Verbrechensbekämpfung immer lauter. Außerdem konnte das Militär im vergangenen Jahr beim Wirbelsturm „Mitch“ Pluspunkte sammeln, da es als einzige Einrichtung wenigstens einigermaßen in der Lage war, Opfer zu evakuieren und Lebensmittel zu verteilen. Ab dem Jahr 2000 steht das Militär außerdem an vorderster Front im Kampf um die Gleichberechtigung. Dann können erstmals Frauen Dienst an der Waffe tun. Und auch ohne „Mitch“ und Kriminelle wird die Armee nicht verschwinden, ist sich González sicher. „Wir sind die einzigen, die das Vaterland und die nationalen Werte hochhalten und eine langfristige Vision der gesellschaftlichen Entwicklung haben. Die Politiker denken doch höchstens bis zu den nächsten Wahlen. Und die Zivilisten verfolgen eigene Interessen, die nicht unbedingt Interessen des Vaterlandes sind“.

Der salvadorianische Generalstab hat einen Modernisierungsplan erarbeitet, der bis ins Jahr 2015 reicht und sich unter anderem mit den sicherheitspolitischen Auswirkungen von Migration, Umweltzerstörung und Handelskonflikten beschäftigt und weitreichende Überlegungen zur interregionalen Zusammenarbeit anstellt. Von den Politikern fühlen sich die meisten Militärs verschaukelt. Die Rechnung des Bürgerkriegs habe vor allem das Militär bezahlt, klagt González. Die gesamte militärische Führungsspitze habe nach dem Krieg zurücktreten müssen, während die Politiker noch immer dieselben seien. Dass die ranghohen Militärs mit saftigen Abfindungen für ihr Ausscheiden belohnt wurden, und viele von ihnen heute florierende Unternehmen leiten, verschweigt er. Wählen geht der Oberst schon seit einigen Jahren nicht mehr, weil er „kein Komplize des steten Verfalls“ seines Vaterlandes sein möchte. Für Belange der nationalen Sicherheit hätten die Politiker überhaupt kein Verständnis. „In diesem Land gibt es nur einen einzigen Radar, und der befindet sich auf dem Zivilflughafen. Wir haben bisher vergeblich beantragt, die Daten für die militärische Aufklärung nutzen zu dürfen“, schildert er. Mit den Daten könnten etwa Schnellboote in den salvadorianischen Küstengewässern oder kleine Propellerflugzeuge geortet werden, wie sie Drogenbosse zur Beförderung ihrer heißen Ware gerne benutzen. Doch die Debatte im Parlament darüber stockt seit über einem Jahr. González ist frustriert. „Was wir brauchen ist eine autoritäre Demokratie im Stile eines (peruanischen Präsidenten Alberto) Fujimori. Einer, der die breite Unterstützung des Volkes genießt und seine Versprechen auch einhält. Einer, der Anweisungen erteilt, die auch befolgt werden und der mindestens eine Zweidrittelmehrheit im Parlament hat. Andernfalls bringt die Demokratie doch nur Unfähigkeit und Korruption hervor“.

Die nackte Justiz

Was die Salvadorianer von der Justiz halten, die derartige Übel theoretisch bekämpfen soll, hat ein einheimischer Künstler im Nobelviertel Escalón eindrucksvoll zur Geltung gebracht: Seine „Justitia“ hält zwar Schwert und Waage in den Händen, ist aber splitternackt und überhaupt nicht blind. Mit weit geöffneten Augen blickt sie auf die Autos hinab, die zu ihren Füßen um den Kreisverkehr brausen. Als „la chulona“ – die Nackte – ist „Justitia“ im Volksmund bekannt.

Zwischen Freikauf und Parteienproporz

Ziemlich bloßgestellt wird „Justitia“ in der Tat durch die Statistiken: Von den rund 12.500 Gefangenen im Land, wartet ein Viertel oftmals seit Jahren auf einen Prozess. Nur 2 von 100 Mördern landen hinter Gittern, dafür geht die Polizei oft unverhältnismäßig hart gegen Straßenhändler vor, die vermeintlich gestohlene Ware verkaufen. Die PNC wird in einem Bericht der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte für zwei Drittel der registrierten Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Polizisten und Richter schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter für die desaströse Lage zu. Die PNC greife rasch zu den Handschellen, könne aber keine vernünftigen Beweise vorlegen, wehren sich Richter gegen den Vorwurf, sie würden mutmaßliche Verbrecher umgehend wieder auf freien Fuß setzen. Die Politiker rückten kein Geld für moderne Ermittlungsmethoden heraus, machten zu lasche Gesetze, und die Richter seien korrupt und unfähig, tönt es aus den Reihen der Polizei. Jeder habe ein Stück weit Recht, räumt der Leiter des Instituts für Juristische Studien und Ex-Richter am Wahlgericht, Félix Ulloa, ein. Die PNC sei eine sehr junge Polizei und komme aus einer autoritären Tradition, in der das oft per Folter erzwungene Geständnis das Hauptbeweismittel war. Andere Methoden müssten sie erst lernen. „Hier gibt es keinen einzigen Experten für DNS-Analysen. Neulich hatten wir so einen Fall, in dem wir Norwegen um Hilfe bitten mussten“, schildert Ulloa. Polizeichef Mauricio Sandóval suchte monatelang vergeblich nach einem Leiter für die Abteilung Organisiertes Verbrechen. Alle potentiellen Kandidaten winkten dankend ab. Sie wollten noch ein wenig am Leben bleiben.

Die Gesetze weisen ebenfalls einige Merkwürdigkeiten auf. So existiert im salvadorianischen Strafrecht die Möglichkeit, sich mittels einer Zahlung an das Opfer freizukaufen. „Conciliación“ (Versöhnung) heißt diese Rechtsfigur, die bis vor kurzem auch für Entführungsfälle anwendbar war. Es gibt weder eine Kronzeugenregelung noch ein Programm zum Zeugenschutz. Trotz aller Kritik nimmt Ulloa die Abgeordneten in Schutz. Seit 1992 hätten sie fünf komplett neue Gesetzbücher verfassen müssen, um die Friedensverträge zu

erfüllen. Die meisten Abgeordneten seien aber keineswegs Rechtsexperten, weshalb alles etwas länger dauere und nicht immer perfekt sei. Einen Vorwurf kann er seinen linken Gesinnungsgenossen von der FMLN aber nicht ersparen: „Während sich Arena von Experten beraten lässt, glauben die „Comandantes“, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und weisen jede Beratung weit von sich“.

Mehr noch als die Polizisten sind die Richter einer autoritären Tradition verhaftet. Der Justizapparat blieb nach den Friedensverträgen praktisch unangetastet, lediglich die leitenden Posten werden seit 1992 durch Parlamentsbeschluss periodisch neu besetzt. Das hatte aber nicht den erhofften, positiven Effekt, im Gegenteil. „Die Justiz ist dadurch sehr politisiert“, räumt Aronette Díaz ein, die einzige Frau am Obersten Gerichtshof. Dessen Mitglieder werden allesamt vom Parlament berufen und entsprechen daher streng dem Parteienproporz. Auch der Generalstaatsanwalt wird vom Parlament bestimmt. Weil sich Arena und FMLN nicht auf einen neuen Kandidaten einigen konnten, blieb der Posten des Obersten Chefanklägers der Nation sieben Monate unbesetzt. Die Generalstaatsanwaltschaft, die sich zumeist mit eminent politischen Fällen wie der Veruntreuung von öffentlichen Geldern befasst, war so lange gelähmt. In Erwartung des neuen Chefanklägers wollte sich keiner der Staatsanwälte aus dem Fenster lehnen. Zu frisch war die Erinnerung an die Folgen zweier umstrittener Urteile, in denen die Justiz die Interessen der Mächtigen durchkreuzte. Die gerichtliche Wiedereinsetzung des aus politischen Gründen entlassenen Superintendenten der Telekomgesellschaft und der Baustopp einer Straße durch ein Naturschutzgebiet hatten böse Folgen: Die zuständigen Richter wurden in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Machtmissbrauchs bezichtigt, und zur Strafe wurde im Folgejahr der Justizhaushalt um rund 15 Millionen Dollar gekürzt. „Hier in diesem Land gibt es eine unsichtbare Wand, wenn ich auf sie stoße, muss ich anhalten. Alles andere wäre Selbstmord“, vertraute der ehemalige Generalstaatsanwalt Manuel Córdova einem Bekannten an.

Der dornige Weg zum Rechtsstaat

Der Politologe Héctor Dada geht dementsprechend hart mit der Justiz ins Gericht. „Der Oberste Gerichtshof und der Generalstaatsanwalt sind dazu da, den Politikern Probleme vom Hals zu schaffen“, sagt er. Die öffentlichen Angelegenheiten würden in El Salvador wie Familienangelegenheiten geregelt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. „Zwar gibt es eine Menge Gesetze und Regeln, aber keiner hält sich daran“. Wie der Salvadorianer, der bei einem Überfall in einem Stadtbus die Pistole zog und den Räuber kurzerhand erschoss. Die übrigen Passagiere deckten den selbsternannten Rächer und warfen den später herbeigeeilten Polizisten vor, irgendetwas müsse ja ihre Arbeit machen. Viel scheint sich nicht geändert zu haben an der Feststellung, die der Jurist Eliseo

Ortíz als einen der Gründe für den Krieg ausmachte: „Ein Großteil der Bevölkerung hatte die grundlegende juristische Fiktion in Frage gestellt: Das die Gesetze und diejenigen, die sie machen und anwenden, das Interesse der Allgemeinheit vertreten“. So hätten vor dem Krieg beispielsweise Steuergesetze eindeutig eine ohnehin schon privilegierte Minderheit bevorzugt, schreibt er. Sieben Jahre nach Ende des Konfliktes sieht es auf diesem Gebiet nicht viel besser aus: 80 Prozent der Steuereinnahmen entstammen der Mehrwertsteuer; für Gewinne und Grundbesitz müssen nur geringe Summen an den Fiskus abgeführt werden.

Doch im Gegensatz zu damals müssen Kritiker solcher Zustände heute nicht mehr um ihr Leben fürchten. „Es wird immer schwieriger, Willkürakte zu verüben, weil sie nicht mehr so leicht verheimlicht werden können“, sagt der Leiter der Rechtsabteilung des rechten Think-Tanks Fusades, Felipe Umaña. „Die Bevölkerung ist unzufrieden; sie fordert viel ein von den Politikern, und das beruhigt mich“, ergänzt der Schriftsteller David Escobar Galindo. Auch wenn El Salvador auf dem dornigen Weg zum Rechtsstaat erst ein kleines Stück zurückgelegt hat ist Galindo überzeugt, dass es dank des Drucks der Bevölkerung weiter vorwärts geht.

Ein Gewehr für die Rektorin

„El Directo“ wurde zur Berühmtheit, weil er im zarten Alter von 17 Jahren schon 17 Morde auf dem Konto hatte. Ganz Salvador war schockiert, und die Behörden verboten das Lied eines jugendlichen Rappers, der sich ironisch-verherrlichend des Falls angenommen hatte. El Salvadors Nachkriegsjugend wird von Soziologen die „verlorene Generation“ genannt. Der Krieg raubte tausenden von Kindern die Möglichkeit einer Schulbildung. Sie wurden von einem Ort zum nächsten vertrieben. Anstatt zur Schule zu gehen, mussten sie zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Sie wurden zwischen Leichen und Gewehren groß; viele verloren den Vater, den Bruder, den Onkel, die Schwester. Nicht nur der Krieg, auch die neoliberale Wirtschaftspolitik und der „Machismo“ haben verheerende Spuren in den salvadorianischen Familien hinterlassen: 57 Prozent der Eltern befürworten laut einer Umfrage von UNICEF die Prügelstrafe; das Gesundheitsministerium stellte bei einer Erhebung 1998 fest, dass bei jeder dritten Entbindung die Mutter jünger als 16 Jahre war; 40 Prozent der Mütter sind alleinerziehend. Jugendliche wie „El Directo“ sind das Symbol einer Generation, die ihr Heil in der Auswanderung sieht oder in einer der berühmt-berüchtigten Jugendbanden, „maras“ genannt. Der Sinn im Leben eines „mareros“ ist, Mitglieder anderer „maras“ zu bekriegen – mit Messern, Pistolen, Granatwerfern oder was der Markt sonst gerade hergibt. In jüngster Zeit gibt es alarmierende

Berichte über die zunehmende Verwicklung der „maras“ in den Drogenhandel und in Auftragsmorde. Ende September lieferten sich zwei verfeindete Banden in einem Jugendgefängnis eine mehrstündige Schlacht und legten dabei die ganze Haftanstalt in Trümmer. „Die Lebenserwartung eines ‚marero‘ ist nicht sehr hoch“, sagt der taz-Korrespondent Toni Keppeler. „Von den fünf, die ich vor einem halben Jahr für meine Geschichte interviewt habe, leben noch drei“. Die „maras“ verkörpern den ganzen Hass, die Frustration und Aggression der Nachkriegsgesellschaft.

Oase in Klein-Vietnam

San Marcos ist eine Hochburg der „maras“. Die meisten Bewohner des ärmlichen Viertels am Stadtrand von San Salvador, leben von der Maquila-Industrie – den Billig-Schneidereien, die Auftragsarbeiten für internationale Konzerne fertigen. „San Marcos wird auch Kleinvietnam genannt“, sagt Schwester Margarita zur Begrüßung mit einem lustigen Augenzwinkern. Weshalb sich die Franziskanerin von den deutschen Sponsoren ihrer Schule vor einem Jahr ein Gewehr wünschte. Die Deutschen rätselten lange, wie das denn vor ihren Spendern, dem Fiskus und dem Gesetzgeber zu vertreten sei. Schließlich gaben sie der resoluten Rektorin Geld für ihren Herzenswunsch. Mit ihrem davon erstandenen, nagelneuen Karabiner, schwang sich Schwester Margarita auf ein altersschwaches Moped und fuhr mit wehender Kutte kreuz und quer durch San Marcos. Hier und da hielt sie an um zu tanken, mit Bekannten einen Plausch zu halten oder eine Cola zu trinken. „Es hat funktioniert“, sagt die rundliche Nonne, und der Schalk blitzt aus ihren Augen. „Seither herrscht Ruhe, und Schmierereien an den Schulmauern gibt es auch nicht mehr“.

In der Tat, die Schule ist blitzblank. Kein Kaugummi klebt auf dem Turnhallenboden, keine achtlos geworfene Getränkedose stört die Harmonie des liebevoll angelegten Blumengartens. Für Sauberkeit sorgen die Schüler; jede Woche ist eine andere Klasse zum Putzen eingeteilt. „Eine eigene Putzkolonne könnten wir uns nicht leisten“, sagt Schwester Margarita, „statt dessen sollen die Schüler lernen, dass arm nicht gleichbedeutend ist mit schmutzig“. Für die Jugendlichen, die zum Teil zu Hause mit Hühnern und Schweinen unter einem Dach leben und weder Abfalleimer noch die Müllabfuhr kennen, ist dies eine ganz neue Erfahrung. Ebenso wie die Geldsammlung für die hungernden Kinder in Afrika, die Schwester Margarita eingeführt hat. „Wir wollen den Kindern beibringen, dass auch wir geben können, obwohl wir nicht viel haben“, sagt sie. Auf 50 Colones (rund zehn Mark) pro Monat bringen es die unteren Klassen, auf mehr als 300 Colones die Schüler der Oberstufe.

Vor den Schulmauern hört das Paradies allerdings auf. Die Gebäude liegen auf dem Grenzgebiet zweier rivalisierender „maras“. Nachdem im vergan-

genen Jahr einige Abiturienten auf dem Schulweg durch „feindliches Territorium“ mehrfach verprügelt worden waren, und deshalb nicht mehr zum Unterricht kamen, musste Schwester Margarita zwei Eingänge schaffen. „Wir haben hier schon einige Messer, Pistolen und Wurfringe konfisziert“, erzählt sie. Weshalb Rucksäcke und Taschen auf dem Schulgelände verboten sind. Nicht nur Gewalt, auch Alkohol ist ein Problem. Neulich luden die Schwestern einen Psychologen der Anonymen Alkoholiker ein, weil ein paar halbwüchsige Jungs mehrfach betrunken zum Unterricht gekommen waren. Die Mädchen haben andere Probleme. Im vergangenen Jahr mussten drei Teenager die Schule abbrechen, weil sie schwanger waren – trotz des Aufklärungsunterrichts, den die pragmatischen Schwestern den Zwölf- und Dreizehnjährigen erteilen. Dennoch ist Schwester Margarita optimistisch. „Ganz langsam merken wir, dass sich in dem Viertel etwas ändert. Die Kinder kommen mit neuen Ideen nach Hause, einiges wird von den Familien angenommen, was dann wiederum auf die Nachbarn ausstrahlt“, sagt sie.

„Wenn ich mir das anschau, bekomme ich eine Gänsehaut“

Die Zahl der Lehrer in San Marcos ist inzwischen auf 50 angewachsen. Die meisten davon werden von den Schulgeldern bezahlt, die umgerechnet zwischen zwei und zehn Mark monatlich betragen. 17 Lehrer werden vom Staat bezahlt, der mit der Erziehung seiner Bürger notorisch überfordert ist. Im September streikten die Lehrer der öffentlichen Schulen wieder einmal für bessere Gehälter. Ein Lehrer bekommt umgerechnet 800 Mark im Monat, was den Job nicht gerade attraktiv macht. „Hier kann jeder Arbeitslose Lehrer werden; wer auf der Uni war, bewirbt sich gleich auf den Posten des Rektors“, sagt ein frustrierter Vater. Filme, wissenschaftliche Labors, Videos oder Computer sind in den staatlichen Schulen Fehlanzeige, manchmal gibt es noch nicht einmal Bücher für alle, und durch das Wellblechdach sickert während der Regenzeit Wasser auf die Holzbänke und den Lehmfußboden. „Wir haben nicht genügend Geld“, sagt Erziehungsministerin Evelyn Jacir den streikenden Lehrern, den Journalisten und den Eltern. Bildung und Sozialausgaben genießen in den Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF) keine Priorität. Im Gegenteil, „schlanker Staat“ bedeutet Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Sozialausgaben. In Zahlen sieht das folgendermaßen aus: Gut ein Drittel der sechs Millionen Salvadorianer kann weder lesen noch schreiben, die durchschnittliche Dauer des Schulbesuches liegt bei knapp fünf Jahren, nur 26 Prozent der Jugendlichen im entsprechenden Alter besuchen eine Sekundarschule. Langsam schwimmt sich die Regierung allerdings von den Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen frei und investiert mehr in „Humankapital“. Seit dem Friedensschluss hat sie die Sozialausgaben von 24 auf 36 Prozent des Staatshaushaltes erhöht.

Als Schwester Margarita 1992 im Wohnheim der Franziskanerinnen eine Grundschule eröffnete, hatte sie vor allem die vom Krieg traumatisierten Kinder der allerärmsten Bevölkerung im Auge. „In aller Herrgottsfrühe sammelten wir unsere Matratzen auf, brachten sie in die Garage und stellten in unseren Schlafsälen ein paar Bänke und Stühle auf“, erinnert sie sich. Doch Schwester Margarita schwebte Größeres vor: Eine richtige Schule, am besten auf dem verwahrlosten Nachbargrundstück. „Eines Tages gingen wir nach dem Mittagessen einfach hinüber, beteten und vergruben ein Marienmedailon“, erzählt Margarita. Einige Monate später lernte sie Vertreter der deutschen Vereinigung für Internationale Entwicklungsprojekte kennen, die seither 1,5 Millionen Dollar für den Kauf des Nachbargrundstücks, die drei nagelneuen Schulgebäude und den Sportplatz aufgebracht hat. „Da soll mir nur einer kommen und sagen, es gebe keine Wunder“, sagt Schwester Margarita. „Wenn ich mir das alles anschau, bekomme ich eine Gänsehaut“.